

# AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2012

## Inhalt

<b>Neuigkeiten aus der COFACE .....</b>	<b>2</b>
COFACE nimmt an den Open Days des Ausschusses der Regionen (AdR) teil .....	2
COFACE stellt Instrument „Nutri-média“ vor.....	2
<b>Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission .....</b>	<b>2</b>
Kommission lehnt verpflichtende Frauenquote ab.....	2
Konsultation zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen.....	3
EU-Hilfsfonds zur Unterstützung der sozial Schwächsten .....	3
Kommission setzt sich für nachhaltige Entwicklung ein.....	3
Kommission legt Bericht über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vor.....	4
Website zur Unterschriftensammlung für erste Europäische Bürgerinitiative gestartet.....	4
Lehrerberuf soll attraktiver werden .....	4
EU-Liste zulässiger Aromastoffe.....	5
Arbeitsprogramm der Kommission für 2013 .....	5
Dänemark soll Richtlinie über Sozialschutz für Zeitarbeitskräfte einführen .....	5
<b>Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP) .....</b>	<b>6</b>
Schriftliche Erklärung des EP für das EY 2014 .....	6
EP stimmt für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013.....	6
<b>Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat) .....</b>	<b>6</b>
EPSCO-Rat nimmt Schlussfolgerungen zu einem Pakt für Wachstum durch Arbeitsplätze an.....	6
EPSCO-Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Kindeswohl und zur Kinderarmut an.....	6
Rat will Pakt für Wachstum und Beschäftigung weiter fördern .....	7
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>7</b>
Eurostat: Armutslevel seit Beginn der Eurokrise gestiegen .....	7
Eurydice stellt Ferientermine in Europa zusammen .....	7
Europäische Einzelhändler setzen sich gegen Lebensmittelverschwendung ein.....	7
FRA nahm an Konferenz zur Beseitigung häuslicher Gewalt gegen Frauen teil.....	8
Griechenland: Auswirkung der Eurokrise auf das Familienleben .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Neuigkeiten aus der COFACE

---

### COFACE nimmt an den Open Days des Ausschusses der Regionen (AdR) teil

Anlässlich der Open Days des Ausschusses der Regionen (AdR) vom 8. – 10. Oktober (10. Europäische Woche der Städte und Regionen), hat die COFACE eine Veranstaltung zu familienfreundlichen Regionen durchgeführt. Während der Veranstaltung wurden vor allem Best-Practice Beispiele europäischer Städte und Regionen sowie zivilgesellschaftlicher Initiativen präsentiert und diskutiert. Zum Abschluss sprach die COFACE Empfehlungen an politische Akteure auf lokaler und regionaler Ebene aus.

- [Programm der COFACE-Veranstaltung „Family friendly regions“ \(englisch\)](#) 

### COFACE stellt Instrument „Nutri-média“ vor

Am 25. Oktober hat die COFACE ihr neues Instrument „Nutri-média“ vorgestellt. „Nutri-média“ ist eine umfassende, pädagogische Präsentation zur Darstellung von Nahrungsmitteln in den Medien und deren Wirkung auf minderjährige Konsument/innen. Mithilfe positiver Attribute wird in den Medien häufig ein positives Bild von ungesunden Lebensmitteln vermittelt. Eine Vielzahl der beworbenen Nahrungsmittel sind Süßigkeiten, zuckerhaltige Getränke oder fettige Speisen. „Nutri-média“ richtet sich an Familienorganisationen, Pädagog/innen, Eltern und andere Akteure, die mit Minderjährigen arbeiten oder in Kontakt stehen. Sie können das Instrument verwenden, um Kinder und Jugendliche zum Nachdenken anzuregen, in welchem Verhältnis Medien und Nahrungsmittel zueinander stehen und wie bestimmte Nahrungsmittel dargestellt werden. Ziel ist, die Teilnehmer/innen zum Reflektieren und Diskutieren anzuregen. Das Instrument ist derzeit nur auf Französisch verfügbar.

## Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

---


### Kommission lehnt verpflichtende Frauenquote ab

Die Forderung der EU-Justizkommissarin Viviane Reding, eine EU-Richtlinie zur Genderbalance in Leitungsebenen durchzusetzen (siehe [AGF Europa News vom September 2012](#)), ist von der Kommission vorerst abgelehnt worden. Reding wollte am 23. Oktober den entsprechenden Gesetzesvorschlag für eine Frauenquote von 40 % in Führungspositionen in großen privaten sowie in öffentlichen Betrieben in der Kommission präsentieren. Da die Kommissionsmitglieder sich jedoch nicht auf einen Gesetzesvorschlag einigen konnten, wurde die Entscheidung aufgeschoben. Reding hat noch bis zum 14. November Zeit, ihren Vorschlag zu modifizieren.

Bereits im Vorfeld regte sich aus einigen Mitgliedstaaten Widerstand gegen Redings Forderung. Unter der Initiative von Großbritannien sprachen sich in einem Brief neun Mitgliedstaaten vehement gegen die Quote aus. Deutschland hat den Brief nicht unterschrieben. Auch unter den 27 EU-Kommissar/innen gab es Widerspruch, angeführt von Neelie Kroes aus den Niederlanden. Nur sieben Kommissare unterstützten den Vorschlag. Hauptargument der Gegner/innen ist der Eingriff in die unternehmerischen Freiheiten, die mit Quoten in Verbindung mit Sanktionen entstehen würden.

Im Europäischen Parlament (EP) dürfte eine Mehrheit für eine Quote zustande kommen. Die Fraktion der Grünen im EP hat die Unterschriftenkampagne „Get women on board!“ für die Quote gestartet. Diese findet Unterstützung von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen. Das EP betreibt seinen Einsatz für mehr


Frauen in Chefetagen nachdrücklich. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss hatte am 22. Okt. 2012 mit 21 zu 12 Stimmen gegen den Einzug des Luxemburger Notenbankchefs Yves Mersch in das Direktorium der Europäischen Zentralbank gestimmt, weil nach Meinung des Ausschusses wenigstens eine Frau dem Gremium angehören solle. Das Plenum schloss sich am 25. Oktober 2012 mit knapper Mehrheit (325 zu 300 Stimmen bei 49 Enthaltungen) der Meinung des Ausschusses an.

- [Brief der Mitgliedstaaten, die gegen die Quote sind, an die Europäische Kommission \(englisch\)](#) 
- [Unterschriftenkampagne der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament](#)

### Konsultation zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen

Die Kommission hat eine Konsultation über die ermäßigten Mehrwertsteuersätze gestartet, um herauszufinden, ob bestimmte ermäßigte Mehrwertsteuersätze noch zeitgemäß sind oder ob sie eher Nach- denn Vorteile mit sich bringen. EU-Bürger/innen, Unternehmen und andere Verbände sind dazu aufgerufen, ihre Meinung u.a. zu möglichen Wettbewerbsverzerrungen, der aktuellen EU-Liste zu Produkten und Dienstleistungen, für die eine Ermäßigung möglich ist, und wie ähnliche Güter und Dienstleistungen für Mehrwertsteuer-Zwecke behandelt werden sollten. Die Konsultation läuft noch bis zum 3. Januar 2013.

Zum Mehrwertsteuersatz fordern europäische Verbände eine Reduzierung für Produkte und Dienstleistungen für Kinder. Die AGF hat dazu mit JAKO-O und dem Deutschen Kinderhilfswerk die Initiative „7 % für Kinder“ gestartet

- [Pressemitteilung der Kommission zur Konsultation zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen](#)
- [Konsultation zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen](#)
- [Dokumentation des Europäischen Fachgespräches der AGF zum reduzierten Mehrwertsteuersatz](#) 
- [Website der Initiative „7 % für Kinder“](#)

### EU-Hilfsfonds zur Unterstützung der sozial Schwächsten

Um den am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen EU-Bürger/innen zu helfen, hat die Kommission die Einrichtung eines EU-Hilfsfonds vorgeschlagen. Mit diesem soll den Menschen, die die Eurokrise am härtesten getroffen hat, Unterstützung gewährt werden. Aus dem Fonds, für den von 2014 – 2020 eine Summe von 2,5 Milliarden Euro vorgesehen ist, sollen Programme der Mitgliedstaaten finanziert werden, mit denen Nahrungsmittel, Kleidung sowie andere wichtige Alltagsgüter an Bedürftige abgegeben werden. In der EU leben 40 Mio. Menschen in gravierender materieller Armut. Im Jahr 2010 konnten sich 43 % der Europäer/innen nicht jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder der vegetarischen Entsprechung leisten. Der Vorschlag der Kommission wird im Fortgang an das Parlament und den EU-Ministerrat zur Verabschiedung weitergeleitet.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum EU-Hilfsfonds für die Ärmsten](#)
- [Memo zum EU-Hilfsfonds für die Ärmsten \(englisch\)](#)

### Kommission setzt sich für nachhaltige Entwicklung ein

Um das politische und gesellschaftliche Engagement für eine nachhaltige Entwicklung zu stärken und in konkrete Maßnahmen umzusetzen, hat die Kommission die Kampagne „Deine Welt. Dein Klima“ sowie eine Konsultation zur Umsetzung der Rio+20-Ziele gestartet. Mit der Kampagne können Beispiele und Vorschläge für innovativen Klimaschutz von Bürger/innen, Unternehmen und Gruppen auf der Internetseite angesehen und diskutiert werden. Sie läuft noch bis zum Ende des Jahres 2013 und hat das Ziel, kosteneffiziente

Lösungen für das EU-Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80 % - 85 % bis 2050 vorzustellen. Mit der Konsultation zur Umsetzung der Rio+20-Ziele sollen Schritte für konkrete Maßnahmen in fünf Kernbereiche diskutiert werden. Dies sind eine integrative grüne Wirtschaft, die Festlegung politischer Schwerpunkte, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung, eine Finanzierungsstrategie und ein stärkerer institutioneller Rahmen. Die Konsultation läuft noch bis zum 15. Januar 2013 und wird die Basis für eine Mitteilung der Kommission zu Folgemaßnahmen des Rio+20-Gipfels sein, die im ersten Quartal 2013 vorgelegt werden soll.

- [Website der Kampagne „Deine Welt. Dein Klima“ \(englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Konsultation zu Folgemaßnahmen zu Rio+20](#)
- [Konsultation zur Umsetzung der Rio+20-Ziele \(englisch\)](#)

### Kommission legt Bericht über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vor

Der vorgelegte Zwischenbericht über die Umsetzung des Aktionsplans für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2010 – 2014) zeigt sowohl Fortschritte als auch Schwachstellen auf. Zu den Fortschritten des Aktionsplans nennt er u.a. die ausdrückliche Anerkennung des Kindeswohls als Leitprinzip, die zu einem besseren Schutz in den neuen Rechtsinstrumenten der EU im Bereich Asyl, Einwanderung und Menschenhandel beigetragen hat. Es bedürfe jedoch weiterhin Verbesserungen, weshalb die Kommission höhere Schutzstandards für unbegleitete Kinder und Jugendliche vorgeschlagen hat, die von Parlament und Rat jedoch noch angenommen werden müssen. Die Kommission appellierte an die Mitgliedstaaten, von Gewalt, Krieg und Hunger aus ihrer Heimat vertriebenen Kindern und Jugendlichen eine angemessene Behandlung zu garantieren. Dazu sei insbesondere eine stärker vernetzte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nötig. Im Jahr 2011 wurden in der EU 12.225 Asylanträge von unbegleiteten Flüchtlingen gestellt, Schätzungen zufolge werde sich diese Zahl in den kommenden Jahren erhöhen. Die Kommission machte deutlich, dass es sich bei den Kindern und Jugendlichen, die ohne elterlichen und erwachsenen Schutz an die Grenzen der EU kommen, um die am stärksten gefährdeten Mitglieder unserer Gesellschaft handle.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen](#)
- [Zwischenbericht über die Umsetzung des Aktionsplans \(englisch\)](#) 

### Website zur Unterschriftensammlung für erste Europäische Bürgerinitiative gestartet

Die Kommission hat eine Website zur Sammlung von Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Fraternité 2020 – Mobilität. Fortschritt. Europa.“ gestartet. Dies ist die erste EBI, die nun damit begonnen hat, auf den Servern der Kommission Unterstützungsbekundungen zu sammeln. Das Ziel von „Fraternité 2020“ ist es, EU-Austauschprogramme wie Erasmus oder den europäischen Freiwilligendienst zu fördern. Sie wurde am 9. Mai 2012 als erste EBI bei der Kommission registriert. Das Werkzeug EBI gibt es seit dem 1. April 2012 (siehe [AGF Europa News vom April 2012](#)).

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Unterschriftensammeln für die EBI](#)

### Lehrerberuf soll attraktiver werden

Anlässlich des Weltlehrertages am 5. Oktober hat die Kommission einen Bericht über die Bedeutung von Gehältern und guten Arbeitsbedingungen für Lehrer/innen veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass neben dem Gehalt auch Faktoren wie gut ausgestattete Klassenräume und die Möglichkeit der Partizipation zu Fragen von Modernisierung der Lehrpläne sowie Bildungsreformen den Lehrerberuf attraktiver machen. Laut

Bericht erhalten die Lehrkräfte in Luxemburg und Liechtenstein die höchsten Gehälter, die Gehälter in Deutschland liegen im oberen Mittelfeld. In vielen europäischen Ländern, vor allem in Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und Slowenien, wurden die Gehälter von Lehrer/innen seit Beginn der Krise jedoch eingefroren oder gekürzt.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Lehrerberuf](#)

### EU-Liste zulässiger Aromastoffe

Um die Verwendung von Aromastoffen in Lebensmitteln sicherer und transparenter zu machen, hat die Kommission eine EU-Liste mit Aromastoffen veröffentlicht, die von der Lebensmittelindustrie künftig verwendet werden dürfen. Zwei neue Verordnungen regeln fortan deren einheitliche Verwendung im Binnenmarkt. Die erste Verordnung enthält die neue EU-Liste der zulässigen Aromastoffe und gilt ab dem 22. April 2013. Alle nicht in der Liste aufgeführten Stoffe sind nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten verboten. Die zweite Verordnung betrifft Übergangsmaßnahmen für andere Aromastoffe, wie z.B. Aromen aus Ausgangsstoffen, die keine Lebensmittel sind. Diese Verordnung gilt seit dem 22. Oktober 2012.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur EU-Liste zulässiger Aromastoffe](#)
- [Datenbank mit der Liste zulässiger Aromastoffe \(englisch\)](#)

### Arbeitsprogramm der Kommission für 2013

Im Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2013 werden künftige Initiativen, Vorschläge zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie zurückzuziehende Vorschläge in sieben Schlüsselbereichen aufgeführt. Das Hauptziel ist es, die Wirtschaftskrise zu meistern, was insbesondere mit einem „beschäftigungswirksamen Wachstum“ geschehen solle. Dazu gebe es in den Bereichen der Nutzung des Beschäftigungspotenzials im Gesundheits- und Sozialsektors, in der Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie in der Arbeitsmarktintegration Älterer besonders starken Nachholbedarf. In den kommenden zwei Jahren will die Kommission u.a. Vorschläge zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Vernetzung der staatlichen Arbeitsvermittlungen, zum Ausbau sozialer Investitionen für integratives Wachstum und zur Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge vorlegen. Außerdem sollen 2013 u.a. Initiativen zu Jugendgarantien und Praktika vorgelegt werden.

- [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2013](#)

### Dänemark soll Richtlinie über Sozialschutz für Zeitarbeitskräfte einführen

Die Kommission hat Dänemark in einer begründeten Stellungnahme dazu aufgefordert, die laut EU-Gesetzgebung garantierten Mindeststandards an Sozialschutz für Zeitarbeitskräfte in die nationale Gesetzgebung zu implementieren. Diese sind unter der EU-Richtlinie 2008/104/EC zusammengefasst und gewährleisten Zeitarbeiter/innen im Hinblick auf grundlegende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen eine gleichwertige Behandlung mit festangestellten Arbeitskräften. Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten war der 5. Dezember 2011, Dänemark hat die Richtlinie bis heute nicht umgesetzt. Dänemark hat nun zwei Monate Zeit, die Kommission über Maßnahme zur Implementierung der Richtlinie zu unterrichten. Bei Nicht-Einhaltung der Frist kann die Kommission die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof weiterleiten.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur begründeten Stellungnahme an Dänemark \(englisch\)](#)

## Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP)

---

### Schriftliche Erklärung des EP für das EY 2014

Am 22. Oktober wurde die schriftliche Erklärung für das Europäische Jahr 2014 für die Vereinbarung von Berufs- und Familienleben unter der Nummer 0032/2012 vorgestellt. Eine schriftliche Erklärung ist eine Möglichkeit der Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene. Damit das EP die Position aus der schriftlichen Erklärung annimmt, muss sie innerhalb von drei Monaten von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Parlaments unterschrieben werden. Insgesamt sind 378 Unterschriften nötig.

Die COFACE ist Initiator des Bündnisses für das Europäische Jahr 2014 für die Vereinbarung von Berufs- und Familienleben und arbeitet seit mehreren Monaten mit einer Kampagne für die Umsetzung des EY 2014.

- [Pressemitteilung der COFACE zur schriftlichen Erklärung für das EY 2014 \(englisch\)](#) 
- [Website der COFACE zur Kampagne für das EY 2014 \(englisch\)](#)

### EP stimmt für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

Das Parlament hat dafür gestimmt, das Jahr 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ zu erklären, um das Bewusstsein für Bürgerrechte in der EU zu stärken. Im Rahmen des Europäischen Jahres 2013 sollen Veranstaltungen und Aktivitäten stattfinden, die sich auf die Erklärung der Rechte im Zusammenhang mit der Übersiedlung und dem Leben in anderen Mitgliedstaaten konzentrieren. Dieses meint z.B. die Anerkennung akademischer und beruflicher Qualifikationen, Verbraucherrechte, Zugang zu sozialer Sicherheit sowie zu Bildungsangeboten.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zum Europäischen Jahr 2013](#)

## Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat)

---

### EPSCO-Rat nimmt Schlussfolgerungen zu einem Pakt für Wachstum durch Arbeitsplätze an

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) hat Schlussfolgerungen zu einem Pakt für Wachstum durch Arbeitsplätze angenommen, bei dem der Schwerpunkt auf der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen liegt. Die Schlussfolgerungen haben zum Ziel, die Koordination und die Kontinuität von Arbeitsschaffungsmaßnahmen auf nationaler und auf EU-Ebene zu stärken. Die Schlussfolgerungen sind die Reaktion auf den im April von der Kommission vorgestellten Beschäftigungspakt (siehe [AGF Europa News vom April 2012](#)).

- [Pressemitteilung des EPSCO-Rates zum Pakt für Wachstum durch Arbeitsplätze \(englisch\)](#) 

### EPSCO-Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Kindeswohl und zur Kinderarmut an

Der EPSCO-Rat hat Schlussfolgerungen zur Bewältigung und Prävention von Kinderarmut sowie zur Stärkung des Kindeswohls angenommen. Dort werden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, bereits existierende, politische Impulse gegen Kinderarmut und soziale Exklusion auch in der Eurokrise zu unterstützen. Die Schlussfolgerungen werden von einigen Schlüsselbotschaften des Ausschusses für Sozialschutz des Rates begleitet, um zur Vorbereitung von Empfehlungen der Kommission beizutragen. Der Kampf gegen

Kinderarmut und die Stärkung des Kindeswohls gehören zu den Prioritäten der sozialen Ziele der Strategie Europa 2020.

- [Pressemitteilung des EPSCO-Rates zum Kindeswohl und Kinderarmut \(englisch\)](#) 

### Rat will Pakt für Wachstum und Beschäftigung weiter fördern

Zur Förderung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Strategie Europa 2020 fordert der Rat weitere Anstrengungen, u.a. im Bereich „Förderung von Beschäftigung und sozialer Inklusion“. Dieser Bereich hat für den Rat die höchste Priorität. Er will hier vor allem dafür sorgen, dass es schnell zu Fortschritten zu den Vorschlägen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Wahrung von grenzüberschreitenden Rentenansprüchen von EU-Arbeitnehmer/innen und der Durchsetzung der Richtlinie über die Arbeitnehmerentsendung komme. Außerdem betonte der Rat die Wichtigkeit des Ausbaus des EURES-Jobportals und unterstrich die Bedeutung der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit. Der Rat forderte die Mitgliedstaaten auch auf, die Reaktivierung älterer Arbeitnehmer/innen zu fördern.

- [Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats vom 18./19. Oktober 2012](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### Eurostat: Armutslevel seit Beginn der Eurokrise gestiegen

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat Trends und Daten der Indikatoren der Strategie Europa 2020 auf EU- und Mitgliedstaats-Ebene veröffentlicht. Die Reduzierung der Armut von EU-Bürger/innen ist ein wichtiges Ziel der Strategie 2020. Die Zahlen zeigen jedoch, dass die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in der EU seit dem Beginn der Eurokrise wieder angestiegen ist, von 113,8 Mio. Menschen im Jahr 2009 auf 115,7 Mio. Menschen im Jahr 2010.

- [Pressemitteilung von Eurostat zum Armutsniveau in der EU \(englisch\)](#) 

### Eurydice stellt Ferientermine in Europa zusammen

Das europäische Bildungsinformationssystem stellt auf seiner Website bildungsrelevante Daten aus 34 europäischen Staaten zusammen. Dazu zählt u.a. die Auflistung aller Ferientermine in Europa für das Schuljahr 2012/2013, die z.B. bei der Planung von Schulpartnerschaften hilfreich sein kann.

- [Eurydice-Veröffentlichung: Schulferientermine in Europa Schuljahr 2012/2013 \(englisch\)](#) 
- [Website von Eurydice \(englisch\)](#)

### Europäische Einzelhändler setzen sich gegen Lebensmittelverschwendung ein

Im Rahmen des im Oktober abgehaltenen Einzelhandelsforums bekräftigten Einzelhändler ihre Verpflichtung, mehr nachhaltige Erzeugnisse in die Regale zu bringen und plädierten für Aufklärungskampagnen zur Vermeidung und Reduzierung von Abfällen. Sie wollen freiwillige Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen ergreifen. Die Europäische Kommission hat das Ziel, die Menge genießbarer Lebensmittel, die im Abfall landen, bis 2020 zu halbieren. Die Einzelhändler sollen den Verbraucher/innen

dazu nachhaltigere Entscheidungen nahelegen. Das Einzelhandelsforum wurde im März 2009 als freiwillige multilaterale Plattform eingerichtet.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu nachhaltigerem Lebensmittelkauf](#)
- [Hintergrundinformationen zum Einzelhandelsforum \(englisch\)](#)

### FRA nahm an Konferenz zur Beseitigung häuslicher Gewalt gegen Frauen teil

Die European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) hat am 21. September an der Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Beseitigung der häuslichen Gewalt gegen Frauen teilgenommen. An dem Expertengremium waren Vertreter/innen des Europarats, der Kommission, des Parlaments, des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen beteiligt. Diskutiert wurde u.a. über den Bedarf an vergleichbaren Daten und die anstehenden Schlussfolgerungen des EPSCO-Rates zur Gewalt gegen Frauen.

- [Mitteilung der FRA zur Teilnahme an der Konferenz zur Beseitigung häuslicher Gewalt gegen Frauen](#)

### Griechenland: Auswirkung der Eurokrise auf Familien

Die Eurokrise hat starke Auswirkungen auf die Situation von Familien in Griechenland. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, dem Anstieg der Mehrwertsteuer von 21 % auf 23 %, Kürzungen der Löhne, Gehälter und Pensionen und der Einführung einer Eigentumssteuer müssen Familien in Griechenland mit deutlich weniger finanziellen Mitteln auskommen, als noch vor der Krise. Außerdem wurden Sparmaßnahmen beschlossen, die Familien direkt betreffen, wie z.B. Kürzungen von öffentlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen und die Abschaffung der Steuerausnahmen für Familien mit Kindern. Auch die zusätzliche Geldleistung von 44 Euro pro Kind bei Familien mit drei oder mehr Kindern wird nur noch gezahlt, wenn das gesamte Familieneinkommen 30.000 Euro pro Jahr nicht übersteigt. Diese Leistung sollte vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ein Anreiz für Familien sein, mehrere Kinder zu bekommen.

## Bevorstehende Veranstaltungen

- ICT for Health: Konferenz ["eHealth Acceptance Conference 2012"](#) (5. – 6. November 2012, Brüssel)
- International Juvenile Justice Observatory: Konferenz ["Criminality or Social Exclusion: Justice for Children in a Divided World"](#) (6. – 7. November 2012, London)
- Child and Family Training et al.: Konferenz ["Maltreatment: Eradicating Child Maltreatment Interventions with Children and Families"](#) (9. November 2012, London)
- Alliance for Children European Network Group: 37. Arbeitsgruppentreffen der Quality of Childhood (13. November 2012, Brüssel)
- Europäische Kommission: Konferenz [„European Forum on the Rights of the Child“](#) (13. - 14. November 2012, Brüssel)
- WeDO: Konferenz ["Conference on the European Quality Framework for Long Term Care"](#) (14. November 2012, Brüssel)
- Forum Europe: Konferenz ["The European Child Safety Online Conference 2012"](#) (15. November 2012, Brüssel)
- Europäische Kommission: Konferenz ["One Step Up in Later Life: Learning for Active Ageing and Intergenerational Solidarity"](#) (19. – 21. November 2012, Brüssel)



- AGE Platform Europe: Seminar [“Creating an age-friendly European Union”](#) (20. November 2012, Brüssel)
- Eurochild: [“Policy Round Table on Early Childhood, Education and Care”](#) (27. – 28. November 2012, Leiden)
- European Table of Housing Corporations und InWIS GmbH: Konferenz [“Age-appropriate Neighbourhood Development in Europe”](#) (28. November 2012, Brüssel)
- UNESCO: Internationale Konferenz [“Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment”](#) (3.– 4. Dezember 2012, Paris)
- JUGEND für Europa: Fachtagung [„Grenzüberschreitende Mobilität als Lernort und die Dimension seiner Anerkennung“](#) (3. – 4. Dezember 2012, Düsseldorf)
- Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz [„Youth on the Move“](#) (13. Dezember 2012, Brüssel)
- COFACE und Irish Countrywomen’s Association (ICA): Konferenz [„Vulnerable families – What can Europe do?“](#) (4. – 5. Februar 2013, Dublin)

---

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

---

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).